

Antrag-Nr.: 3.1  
zu TOP: 9 a)  
Rasterpkt.: Zukunftsweg ZHK

**Antrag  
zur Hauptversammlung vom 12. bis 14. Oktober 2017 in Berlin**

Antragsteller: Bundесvorstand (im Einvernehmen mit dem EV)

Landesverband: \_\_\_\_\_

Headline: Resolution 3: Zahnarztsouveränität stärken

Auswirkungen auf den Haushalt  
(unmittelbar erkennbar): keine

**Wortlaut des Antrages:**

- 1 Aufgabe des Zahnarztes ist es, seinem Patienten individuelle und professionelle
- 2 zahnärztliche Hilfe anzubieten. Der Zahnarzt ist aus seinem Selbstverständnis her-
- 3 aus verpflichtet, nach entsprechender Diagnose dem Patienten alle Therapiealterna-
- 4 tiven vorzustellen. Für sein Handeln ist die Entscheidung des Patienten für eine The-
- 5 rapieform bestimmend. Hierbei darf er sich weder von eigenen oder fremden wirt-
- 6 schaftlichen Interessen leiten lassen.
- 7
- 8 Um dieser Aufgabe gerecht werden zu können, muss der Zahnarzt frei sein von ta-
- 9 gespolitisch motivierten Regulierungen. Sozialrechtliche Vorschriften dürfen die freie
- 10 Therapieentscheidung des Patienten für höherwertige Versorgungsformen nicht be-
- 11 hindern. Bei entsprechender Indikation muss deshalb über die gesamte Zahnheil-
- 12 kunde eine Erstattung für die Grundleistung erhalten bleiben.
- 13
- 14 Im Bereich der prothetischen Zahnheilkunde hat sich dieses Prinzip seit vielen Jah-
- 15 ren bewährt. Damit sowohl dem Zahnarzt als auch dem Patienten in allen Bereichen
- 16 der Zahnheilkunde eine optimale Zahnheilkunde offensteht, dürfen Zuzahlungsverbot
- 17 und andere Fremdregulierungen nicht bestehen. Nur dann gibt es eine Zahnheilkun-
- 18 de, die der zahnärztlich-fachlichen Kompetenz und dem Selbstbestimmungsrecht
- 19 des Patienten in jedem Einzelfall gerecht werden.

**Abstimmung:** einstimmig